

Auf ins Offene!

Beitrag zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF

Vorbemerkung

Seitdem der Hungerstreik der Gefangenen 1989 weitgehend ergebnislos verlaufen ist, herrscht Rat- und Sprachlosigkeit unter denjenigen, die den Hungerstreik unterstützt haben. Die RAF macht weiter wie gehabt ihre Aktionen. Die Situation einzelner Gefangener hat sich drastisch verschärft. Im Zeitraffer löst sich das sozialistische Lager auf. Die kommunistische Idee ist diskreditiert wie nie. Deutschland ist unter der CDU wiedervereinigt. Die "DDR-Aussteiger" bieten sich z.T. der Justiz als Kronzeugen an und arbeiten auf ihre Weise an der Zerschlagung aller mit der RAF verbundenen Hoffnungen. Verfassungsschutzchef Lochte macht sich die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung zu eigen, und die Bundesregierung ist ebenfalls für die Zusammenlegung, wenn nur die RAF endlich aufgibt.

Versuche, eine erneute Diskussion darüber in Gang zu bringen, wie wir - die sich als revolutionär verstehende Linke - die Gefangenen aus der Isolation bekommen und Zusammenlegungen durchsetzen können; wie wir die Freilassung zumindest der Haftunfähigen und der zu "lebenslänglich" Verurteilten, wenigstens nach 15 abgesessenen Jahren, erreichen könnten, ohne daß sie zu Kreuze kriechen müssen, sind bisher immer wieder ganz schnell in Konfusion und Lähmung erstickt.

Dieser Beitrag ist der Versuch, ein bißchen gedankliche Klarheit in all den Wirrwarr zu bringen, mit dem Ziel, daß wir endlich wieder die politische Initiative bei der Unterstützung der Gefangenen in die Hand bekommen. Dazu ist es auch notwendig, die politische Auseinandersetzung um die Strategie der RAF zu führen. Diese Diskussion ist längst überfällig und muß - wie jede Diskussion um politische Strategie - so öffentlich wie möglich geführt werden. So schwer das auch ist, müssen endlich alle GenossInnen ihre Fragen und Kritiken auf den Tisch packen (können). Ohne das geht inzwischen nichts weiter an wirksamer Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen. Spätestens nach der unveränderten Fortsetzung der Hinrichtungsaktionen nach dem Hungerstreik einerseits und dem Lochte-Vorschlag und dem "Angebot" der Bundesregierung andererseits kann man nicht länger so tun, als sei die Frage der Unterstützung der Gefangenen ein von der Politik der RAF unabhängiges Thema.

Zur Klarstellung: Bei dieser Diskussion geht es nirgends darum, die Legitimität und die Notwendigkeit des unnachgiebigen Kampfes gegen die imperialistische Politik der Bundesregierung anzuzweifeln. Es geht vielmehr darum, gemeinsam um den besten Weg zu streiten.

Der jetzt folgende Text ist entstanden in Diskussion mit FreundInnen und GenossInnen aus verschiedenen Arbeitsbereichen und insofern keine Einzelarbeit.

Der Hungerstreik '89

Die Erfahrungen beim Hungerstreik 1989 waren ermutigend, auch wenn die Anstrengungen nicht ausgereicht haben, die Zusammenlegung in große Gruppen und die Entlassung der Haftunfähigen durchzusetzen. Ermutigend war die - gemessen an früheren Hungerstreiks - relative Breite des unterstützenden Spektrums. Das hatte wesentlich mit der Stoßrichtung der Hungerstreikerklärung zu tun, infolge derer von denjenigen, die Unterstützungsaktionen organisierten, großer Wert auf Verständlichkeit der Forderungen gelegt wurde und mit relativ neuer Offenheit, mit wesentlich weniger Arroganz als früher, an politische Spektren, an Menschen herangegangen wurde, deren politischer Alltag alles andere als "militant" ist, und die, im Gegensatz zu früher, als politisch Handelnde ernst genommen worden sind. Möglicherweise hat zu der relativen Breite auch beigetragen, daß es schon seit geraumer Zeit keine Aktion der RAF gegeben hatte, und nicht die "Gefahr" bestand, sich bei Unterstützung des Hungerstreiks mit Aktionen der RAF konfrontieren lassen zu müssen und womöglich mit Aktionen identifiziert zu werden, hinter denen man politisch nicht steht.

Ich hatte den Eindruck, als seien die Breite und der öffentliche Druck für die Forderungen der Gefangenen noch aus-

baufähig gewesen, wenn mehr Zeit dafür dagewesen wäre. Und wenn wir mehr Phantasie entwickelt hätten für Aktionsformen, an denen sich Menschen aktiv beteiligen können, die nicht zur "Scene" gehören. Das Potential der ansprechbaren Leute war noch längst nicht ausgeschöpft. Die Grenzen der Mobilisierung während des Hungerstreiks waren aber da erreicht, wo die CDU-Länder, nach Mompers vorsichtigem Vorstoß zu einer begrenzten Zusammenlegung, aus Wahlkampfgründen dicht gemacht haben. Danach ging nichts mehr, obwohl es vorher eine relativ gute Presse gegeben hatte, und sogar der Verfassungsschutz (aus seinen taktischen Überlegungen: keine "Märtyrer", keine "neuen Rekrutierungen" - aber uns sollte es recht sein) Gruppen bis zu 8 Leuten angeregt hatte. Die CDU-Wahlkampfaktik, sich gegen die Erfolge der Republikaner bei den vorangegangenen Landtagswahlen und der Europawahl nach rechts zu profilieren, setzte, nachdem Kohl nach Ostern im Bundestag eindeutig gegen eine Zusammenlegung Stellung bezogen hatte, eine in diesem Hungerstreik nicht mehr zu überwindende Grenze. In dieser Situation war es richtig, den Hungerstreik abzubrechen, da nichts mehr zu erwarten war. Mit dem Abbruch vermittelte sich nicht das Gefühl absoluter Ohnmacht, sondern eher ein: o.k., das hat sich alles gar nicht schlecht angelassen. Da wär von uns aus, was Bereitschaft inner-

halb der Bevölkerung angeht, sich mit den Haftbedingungen auseinanderzusetzen. Forderungen zu unterstützen, noch einiges zu machen gewesen. Es hat halt diesmal aus Gründen, die wesentlich außerhalb unserer Einflußmöglichkeiten lagen - Wahlkampf - nicht gereicht.

Der fast erfolglose Abbruch des Hungerstreiks war auch deswegen nicht so niederschmetternd, weil aufgrund der Hungerstreikerklärung die Perspektive eröffnet schien, in Zukunft endlich gemeinsam in einer Diskussion - ohne die alten Abgrenzungen - weiter nach erfolgversprechenden Wegen suchen zu können, um die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen.

Nach dem Hungerstreik hat die öffentliche Unterstützung der Forderungen der Gefangenen aufgehört. Gründe sind sicher auch, daß wir alle von den Aktivitäten während des Hungerstreiks ausgepowert waren, viele haben ja "alltags" eine andere politische Praxis, und die Hungerstreik-Unterstützung war zusätzliche Anstrengung. Außerdem setzte im Juli die deutsch-deutsche Vereinigungs-Dynamik ein und beherrschte die Köpfe und die Schlagzeilen. Ab da stand die gesamte Linke nur noch wie erstarrt da und konnte gar nicht so schnell gucken, wie sich mit einem Mal die Ereignisse überstürzten und im Zeitraffer 40 Jahre realer Sozialismus - und das nicht nur in einem Land - aufgerollt und in kapitalistische Bahnen eingepresst wurden.

Die Aktion gegen Herrhausen

Am 30. November 1989 wurde der Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, von der RAF hingerichtet. Meine erste Reaktion: Scheiße, was soll das? Und: Alle Bemühungen um Zusammenlegung und Entlassung der Haftunfähigen haben sich erledigt. Jetzt gibt es wieder Rechtfertigungsgründe en masse - nicht nur für die Hardliner - nicht auf die Forderungen der Gefangenen eingehen zu müssen. Und was können wir dagegen setzen? Wir wissen doch genau, mit wem wir es zu tun haben! Sollen wir Erstaunen oder Empörung heucheln, wenn die das für sie Logische tun, sich an den Geiseln aus der RAF, buchstäblich ihren Todfeinden, rächen? Und weder wir, noch die RAF! sind offensichtlich derzeit in der Lage, die Gefangenen dem Zugriff des Staates zu entziehen. Was ist das bloß für eine Politik, die die RAF macht, ohne Rücksicht darauf, was die Situation ihrer Genossinnen und Genossen in den Knästen angeht? Auch wenn sich eine revolutionäre Politik an ihren politischen Zielen orientieren muß und sich nicht in erster Linie an den möglichen repressiven Folgen orientieren kann, so muß das doch letztlich in einem "lohnenden" Verhältnis zueinander stehen. Letztendlich müssen die Vorteile für die Revolutionäre größer als die Verluste sein. Wo liegt aber der politische Erfolg bei einer Aktion wie der in Homburg?

Nichts hat sich dadurch positiv verändert. Herrhausen ist sofort ersetzt worden. Schön, man könnte sagen: seine gerechte Strafe hat ihn ereilt. Aber geschenkt. Die Aktion ist rein moralistisch und hat mit Politik, gar revolutionärer, Politik nichts zu tun. ("Moralistisch" meint: sittenlehrerhaft. Das hat nichts mit Moral als politisch-ethischem Maßstab zu tun!) Revolutionäre Politik muß so angelegt werden, daß sie praktisch den einen oder anderen Schritt weiter führt, Ermutigung und Orientierung ist. Wo wäre das bei einer Aktion wie der Hinrichtung von Herrhausen der Fall?

Soll das etwa Perspektive und Orientierung gegen imperialistische Politik sein: die fortgesetzte exemplarische Hinrichtung darin verwickelter Politiker und Manager? Das übersieht doch völlig, daß die Deutsche Bank bis dato keine direkte Verfügungsgewalt über die Bevölkerung und die Produktionsmittel der DDR hatte, und daß sie schrankenlose Verfügungsgewalt erst über eine bestimmte zustimmende Bewegung in der Bevölkerung der DDR zu kapitalistischen Wirtschaftskonzepten bekommen hat. Die falsche Orientierung einer Aktion wie die Hinrichtung von Herrhausen ist doch, daß die RAF so tut, als seien einzelne Funktionsträger des kapitalistischen Apparates das Problem und ursächlich verantwortlich z.B. für die kapitalistische Übernahme der DDR. Hier wird versucht, einzelne verantwortlich zu machen und zu strafen, wo es um komplexe gesellschaftliche

Entwicklungen geht. Das ist ein personenfixiertes, undialektisches und moralisierendes Verständnis dessen, was abläuft und verstellt den Blick auf so entscheidende Fragen wie z.B.: Weshalb haben die Menschen in der DDR - offensichtlich - nichts gesehen, was sich gelohnt hätte zu verteidigen?

Perspektive und Orientierung hat die Tötung von Herrhausen nicht gebracht. Und Ermutigung? Das Gegenteil würde ich sagen, angesichts dessen, was absehbar (und gerade die RAF kann so etwas absehen!) danach auf die Gefangenen zukommt, und was das in Bezug auf die durchaus hoffnungsvollen Anfänge der Solidaritätsbewegung im Frühjahr '89 heißt. Es macht doch nur einen Sinn, vom Staat bessere Haftbedingungen zu verlangen, von Freilassungen ganz zu schweigen, wenn er in Legitimationsschwierigkeiten steckt, was die Haftbedingungen angeht, und wir diese Legitimationsschwierigkeiten durch politische Aufklärung verstärken können.

Durch eine Aktion wie die gegen Herrhausen, von der sich in dieser Situation allein "Hinrichtung" mit all ihren abstoßenden barbarischen Aspekten vermittelte, werden diese Legitimationsschwierigkeiten beseitigt. Die Logik, nach der staatliches Handeln funktioniert und politisch durchsetzbar ist, ist ja nicht Rechtsstaatlichkeit, sondern sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und darin Legitimationsmöglichkeiten staatlichen Handelns. Und unsere einzige Möglichkeit, die Gefangenen zu unterstützen - wenn wir sie nicht raus holen - ist es, diese Kräfteverhältnisse politisch so zu beeinflussen, daß es sich die Regierung politisch nicht länger leisten kann, die Gefangenen so zu behandeln, wie sie es tut. Sie kriegt aber derzeit die politische Legitimation dazu durch die politisch sinnlosen Attentate der RAF. Ihre Aktionen sind schon lange nicht mehr politisch zu vermitteln. Was bleibt ist "Hinrichtung".

An dieser Stelle stellt sich die Frage, was sind für die RAF Kriterien erfolgreicher Politik? Reicht es ihr, wenn viele Leute ihre Aktionen "gut" finden, sich klammheimlich freuen? Findet sie sich in der Richtigkeit ihrer Politik bestätigt, bloß weil Parolen auf Häuserwänden auftauchen? Revolutionäre Politik müsste doch auf mehr als sein als auf Selbstbestätigung. Billige Zustimmung an Kneipentischen und Gefühle von Befriedigung, weil es auch mal einen "oben" getroffen hat, "im positiven Sinn 'erschütterte' Herzen", das alles kann doch nicht Orientierung für revolutionäre Politik sein. Mal ganz kraß: den Haß gegen die Herrschenden haben auch Neonazis. Und Probleme mit Hinrichtungen haben die auch nicht. Die Mentalität jedes frustrierten Kleinbürgers erlaubt die Zustimmung zu solchen Aktionen. Das kann doch nicht sein, was Aktionen zu politischen Erfolgen macht! Da wird doch fast absolut beliebig. Da besteht ein unkritisches Verhältnis den Zustimmungen gegenüber. Wer stimmt weshalb zu? Das ist doch die Frage. Und vor allem: was folgt

daraus? Diese beiden Fragen müssen doch mindestens überlegt werden, ehe so etwas wie der politische Erfolg einer Aktion aus der reinen Zustimmung abgeleitet werden kann.

Zur Erklärung der RAF zum Anschlag auf Neusel

Leider argumentiert die RAF nicht, um den Sinn ihrer Aktionen politisch zu erläutern, sondern sie stellt eine unnachvollziehbare Behauptung neben der nächsten auf. Ich mach das mal deutlich an der umfangreichen Erklärung zum Anschlag gegen Neusel (vergleiche taz 31.07.90).

Im ersten Drittel der Erklärung werden die Funktionen Neusels im Dienste der Bundesregierung dargelegt, um zu erklären, warum er Ziel der Bestrafungsaktion geworden ist. Hier müsste die RAF endlich einmal den politischen Sinn und Zweck ihrer Bestrafungsaktionen begründen. Daß Bestrafung Politik sein soll, ist nämlich keine sich von selbst erklärende Selbstverständlichkeit. Nochmal: Die Macht des Imperialismus beruht doch auf viel mehr als auf den ihn exekutierenden Figuren! Was die RAF macht, ist politisch irreführende Personalisierung, tut Leuten wie Neusel zuviel Ehr an. Nicht er "organisiert und führt den Krieg gegen alle, die für Befreiung, Selbstbestimmung und menschenwürdiges Leben und gegen die Zerstörung, die von diesem System ausgeht, kämpfen." Er ist nur eine - zugegebenermaßen wichtige - Funktion, ein dennoch austauschbares Rädchen im Getriebe der Macht. Mehr nicht.

Die RAF bleibt auch die Erklärung schuldig, weshalb sie mit dem Anschlag auf Neusel die Hoffnung verbunden hat, die Gefangenen in Spanien bei ihrem Kampf unterstützen zu können. Der Anschlag war allenfalls eine Geste der Solidarität, ansonsten aber - solange die wesentliche entscheidende Unterstützung der spanischen Bevölkerung ausbleibt (woran hängt es, daß die offensichtlich zu schwach ist? Da liegen die wesentlichen Fragen!), schlimmstenfalls noch Zusatzlegitimation für die harte Linie. Erst recht, wenn die Behauptung zutreffend sein sollte, daß sich "die sozialistische Regierung unter Gonzales endgültig - gerade im Hinblick auf 'Europa 92' - als zuverlässiges Mitglied der Kernstaaten des europäischen Machtblocks profilieren will." Dann ist doch klar, daß sie - ehe sie nachgeben - notfalls eigene Figuren opfern. Bei Schleyer war das doch genauso.

Vollends rätselhaft ist die Behauptung: "Nur eine bewaffnete Aktion konnte diese festgefahrene Situation wieder offen machen. Sie kann alle Initiativen, die zum Streik bis jetzt gelaufen sind, zu neuer Schärfe bringen, und sie macht vor allem einen neuen Anlauf möglich, weil sie den politischen Raum dafür aufmacht."

Wieso nur eine "bewaffnete Aktion"?

Und ist "bewaffnete Aktion" automatisch gleich Hinrichtung, oder hätte es auch etwas anderes sein können? Welche Initiativen werden wieso zu "neuer Schärfe" gebracht? Wieso wird dadurch welcher neue Anlauf möglich? Wieso wird der "politische Raum dafür aufgemacht"? Was heißt überhaupt "politischen Raum aufmachen"?

Zur Zielsetzung ihrer Aktion sagt die RAF in der Erklärung:

"So soll unser Angriff jetzt in zwei Richtungen wirken, die eine, konkret zur Durchsetzung der Forderungen der Gefangenen und im Aufbau revolutionärer Gegenmacht in Westeuropa, und die andere, als Einleitung einer langen Kampfphase gegen die neu entstandene großdeutsche/westeuropäische Weltmacht." Dafür wird als Begründung genannt "die Unterwerfung von Millionen Menschen unter die Prinzipien von Markt, Profit und Warenstruktur." Und "auf der Basis der neuen Macht, die das BRD-Kapital an der Spitze Westeuropas aus dieser Entwicklung zieht, wollen sie zu einer neuen Runde in der Unterwerfung und Ausplünderung der Völker im Trikont ausholen."

Aus der Notwendigkeit, Widerstand gegen diese Politik zu leisten, und die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen, erklärt sich aber auch nicht, weshalb ausgegrenzt die Hinrichtung Verantwortlicher ein wirksames Mittel sein soll.

Es ist doch eine folgenschwere Fehleinschätzung, das, was gerade in Osteuropa abläuft, einseitig als "dritten Überfall, den das deutsche Kapital in diesem Jahrhundert auf die Völker Europas führt", zu begreifen. Ohne die massenhafte Eigenbewegung der Bevölkerung Osteuropas wäre das nicht gelaufen. Wir sind nicht einfach mit einer linearen Entwicklung konfrontiert á lá der Imperialismus wird immer stärker und immer übler, und jetzt noch übler, sondern die jetzige Konstellation ist qualitativ neu und bestürzend:

Völker, die materielle und machtpolitische Voraussetzungen zum Aufbau eines Sozialismus/Kommunismus hatten, laufen den Kapitalisten in die Arme, weil ihnen der Sozialismus, den sie erlebt haben, unerträglich geworden ist. Die kommunistische Idee ist scheinbar endgültig widerlegt. Es wird der Linken in Zukunft noch weniger als bisher gelingen, nur gegen den Imperialismus und alle seine Schweinereien zu sein, um die eigene Politik zu rechtfertigen, gar noch andere dafür zu mobilisieren. Spätestens jetzt müssen wir in der Lage sein, genau zu erklären, warum wir was tun. Und vor allen Dingen - konkret, vorstellbar - was wir wie anders machen wollen. Linke Phrasen werden endgültig niemanden mehr mobilisieren können.

Floskeln aus der Neusel-Erklärung wie: "selbstbestimmte Räume erkämpfen", "gegen ihren Machtapparat eigene Ziele durchsetzen", "eine von den Menschen bestimmte Wirklichkeit" sagen nichts über den Inhalt der Selbstbestimmung und der eigenen Ziele. Nichts über das, was die neue "von den Menschen bestimmte Wirk-

lichkeit" sein soll im Gegensatz zur jetzigen, alten, allerdings auch von "den Menschen bestimmten Wirklichkeit" (von wem denn sonst??).

Alles in allem erweist sich bei genauerem Lesen die Erklärung zu Neusel als ein Dokument der Hilflosigkeit, als Durchhalteappell, dem jede Kraft zur Überzeugung fehlt.

Gefangene haben immer Geiselstatus

Nach allem, was zu erkennen ist, führen die Attentate einzig und allein zu einer Verschärfung des Geiselstatus der Gefangenen. Ein diese Härten überwiegender positiver politischer Effekt ist auch in Ansätzen nicht zu sehen. Im Gegenteil! Es fängt an, einem sinnlos vorzukommen, politisch für die Unterstützung der Forderungen der Gefangenen zu arbeiten, wenn dann seitens der RAF Aktionen kommen, mit Hilfe derer die Gegenseite wieder jede Rechtfertigungsmöglichkeit bekommt, die Knäste dichtzumachen.

Die RAF sollte daher mit diesen politisch sinnlosen und irreführenden, den Staat aber gleichzeitig aufs Schärfste herausfordernden, Hinrichtungsaktionen aufhören. Wir haben derzeit nicht die Macht und die dafür notwendige Unterstützung in der Bevölkerung - und die RAF auch nicht! - die Gefangenen vor Racheaktionen des Staates zu schützen.

Eine Gruppe wie die RAF muß bei ihren Aktivitäten genau abwägen zwischen notwendigen Aktionen, die geeignet sind, **wirksam** etwas vorzubringen, und der Repression, die - natürlich - auf die Gefangenen zukommen wird, und dem Kräftepotential, das vorhanden ist, um die Gefangenen zu unterstützen und zu schützen.

Diese Einschätzung wird in keiner Weise durch Lochtes Vorschlag und das "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung widerlegt!

Lochtes Vorschlag und die "Verhandlungsinitiative" der Bundesregierung

Einige neigen dazu, den Lochte-Vorschlag und die "Verhandlungsinitiative" der Bundesregierung als Erfolg genau dieser Attentatspolitik zu sehen.

Sie argumentieren in etwa so:

"Die Bundesregierung ist in einer schwachen Position, weil sie Angst vor den Attentaten der RAF haben. Durch diese Politik hat die RAF die Regierung so weit gebracht, daß sie eine Zusammenlegung der Gefangenen anbietet. Das haben die ganzen öffentlichen Aktionen während der vielen Hungerstreiks nicht gebracht! Ausgerechnet jetzt, wo sich ein Erfolg abzeichnet, soll die RAF mit ihren Anschlägen aufhören? Lochte hat sogar die Zusammenlegung ohne jede Gegenleistung der RAF und der

Gefangenen befürwortet. Und das alles auch noch nach den Anschlägen auf Herrhausen und Neusel!"

Oberflächlich gesehen klingt das einleuchtend.

Doch wie sehen die realen Kräfteverhältnisse aus?

Beiden Initiativen gemeinsam ist das Motiv, daß die Attentate, gegen die es keinen Schutz gibt, aufhören. Politiker und Wirtschaftsbosse haben Angst. Wenn man so will, ist das ein gewisser Erfolg der RAF. Allerdings kein politischer Erfolg, sondern beschränkt auf den Erfolg einer gelungenen Erpressung. Der Staatsschutz weiß um die politische Erfolglosigkeit der RAF in der Linken und in der Bevölkerung, und um die Sinnlosigkeit einer Strategie, die revolutionäre Prozesse über die exemplarische Exekution imperialistischer Funktionsträger befördern will. Dazu kommt, daß viele Politiker und Wirtschaftsbosse es nicht einsehen, sich bloß wegen ein paar Hardlinern in Staats- und Justizapparat, die sich gegen eine Zusammenlegung sperren, weiter den Anschlägen der RAF auszusetzen. Sie möchten deshalb eine "gütliche" Lösung.

Die Initiativen von Lochte und der Bundesregierung sind unterschiedlich und müssen deshalb unterschiedlich bewertet werden.

Zu Lochtes Vorschlag:

Die Lochte-Fraktion setzt auf Zusammenlegung ohne Vorbedingungen an RAF und Gefangene (Vgl. taz vom 18.8.1990 und vom 5.4.89). Dabei sollen die Gefangenen sich selbst aussuchen können, mit wem sie zusammen sein wollen. Außerdem sollen nach Lochtes Vorstellungen die Gruppen politischer Gefangener auch "ganz normale Kontakte zu den übrigen Gefangenen" haben.

Der Vorschlag ist nicht dumm. Er geht davon aus, daß die RAF politisch konzeptionslos ist und **faktisch** nach wie vor die Empörung über die mörderischen Haftbedingungen und die Solidarität und Identifikation mit den Gefangenen eine ganz große Rolle spielen, wenn sich Leute mit der RAF solidarisieren. Indem er für eine Erfüllung der Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung und freier Kommunikation plädiert, will er Gründe für eine Solidarisierung mit den Gefangenen und einen Hauptanlaß, sich überhaupt mit der RAF zu beschäftigen, aus der Welt schaffen.

Außerdem geht er von der Annahme aus, daß eine Zusammenlegung und endlich offene Diskussion unter allen Gefangenen aus der RAF dazu führen könnte, daß sich die RAF als der (militärische) Kampfsammenhang, der sie bisher war, auflöst. Einmal mag er dabei auf die Tatsache setzen, daß es bisher, auch für die Gefangenen untereinander, extrem schwer bis unmöglich war, sich solidarisch mit Kritik an der Strategie der RAF, aber auch der Zusammenlegungsforderung, auseinanderzusetzen. Daß ganz schnell Diffamierung und

Ausschluß drohten. In diesem Fall setzt er auf Zerfleischungsprozesse bei den Gefangenen und dem öffentlichen Zusammenbruch des Gefangenenkollektivs und damit einer Demoralisierung und Demobilisierung der RAF.

Oder, falls es zur solidarischen Diskussion unterschiedlicher Positionen innerhalb des Gefangenenkollektivs kommt, ist es ja durchaus denkbar, daß die Gefangenen bei der politisch desolaten Situation der RAF zu dem Schluß kommen, daß es am besten wäre, wenn die RAF ihre Aktionen erst einmal einstellt.

Darauf setzen Lochte und seine Fraktion in Staats- und Verfassungsschutz. Das macht das Aufgreifen der Forderungen der Gefangenen - so irritierend das auch erstmal ist - verstehbar.

Es ist aber nicht gesagt, daß sich diese Fraktion bei einer Eskalierung der Situation politisch durchsetzen wird! Es ist mindestens genauso wahrscheinlich, daß im Fall der Fortsetzung der Hinrichtungen durch die RAF, die harte Linie an den Gefangenen exekutiert wird!

Politiker, die sich von Gefühlen wie Rachsucht leiten lassen und auf archaische Abschreckungsmethoden setzen, setzen eher auf Liquidierung der Gefangenen. Für eine harte Linie sprechen doch auch Reaktionen der Justizbehörden nach der Hinrichtung Herrhausens und dem Anschlag auf Neusel. Einzelne Gefangene werden für diese Anschläge in der Öffentlichkeit verantwortlich gemacht, und die Haftbedingungen verschärft. So ist z.B. Brigitte Mohnhaupt nach Stammheim verschleppt und fast vollkommen nach außen abgeschottet worden.

Von daher wäre das Hoffen darauf, daß sich Lochtes Initiative vielleicht durchsetzen wird, womöglich durch weitere Aktionen der RAF noch befördert wird, extrem gefährlich für die Gefangenen. (Oder auch für einzelne Gefangene. Es gibt ja endlose Variationen des "teile und herrsche".) Mit einer solchen abwartenden und der RAF in ihrer Attentatspolitik unkritisch zustimmenden Position wird es voll und ganz dem Staatsschutz überlassen, ob die Gefangenen zusammengelegt, oder - im anderen Extrem - (Einzelne) liquidiert werden. Das wäre ein Poker mit dem Leben und der Gesundheit der Gefangenen, der nicht zulässig ist!

Zum "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung

Die Bundesregierung verlangt nicht weniger als die Kapitulation der RAF: Aufgabe des Kampfes und ein Leben unter der Kontrolle des Staatsschutzes in einem Drittland. Dafür bietet die Regierung die Zusammenlegung der Gefangenen an (Vgl. taz 13./14./15.12.90 sowie 18.12.90).

Eine Gruppe, die ihre revolutionäre Zielsetzung nicht aufgegeben hat, kann dieses "Angebot" nicht annehmen.

Wenn die RAF sich darauf einließ,

müsste man fragen: wofür haben sie eigentlich die ganze Zeit gekämpft? Wofür die vielen Toten? Wofür die jahrelangen Quälereien in der Isolation, die Torturen von Hungerstreiks und Zwangsernährung?

Zum anderen: Wer soll garantieren, daß die Bundesregierung ihre Zusagen die Gefangenen betreffend einhält? Das dürfte doch klar sein: Beim ersten Mucks, beim ersten Widerstand der Gefangenen gegen das Knastregime, werden sie wieder in der Isolation verschwinden, solange es die Möglichkeit der Absonderung von Gefangenen innerhalb der Gefängnisse baulich und politisch gibt. (**Da** wird auch die ganze Schwäche der Zusammenlegungsforderung bedeutsam, die **nicht** in erster Linie auf die Abschaffung der Isolationsmöglichkeiten innerhalb der Knäste als Drohung gegen **jeden** Gefangenen orientiert!)

Kein Deal kann die Situation von Gefangenen, die sich weigern zu Kreuzen zu kriechen, verbessern, wenn es nicht eine politische Bewegung innerhalb und außerhalb der Knäste gibt, die die Herrschenden zwingt, das ganze Instrumentarium der Absonderung von Gefangenen außer Kraft zu setzen.

Die Argumentation seitens der "Vermittler" und des Staatsschutzes, der RAF falle kein Zacken aus der Krone, wenn sie verhandele, schließlich seien bewaffnete Auseinandersetzungen immer wieder auch von Verhandlungen begleitet gewesen, man denke nur an IRA und ETA, ist tückisch. Sie spekuliert damit, die RAF bei ihrer politischen Selbstüberschätzung packen und aufs Glatteis führen zu können. Selbstverständlich hat es immer Verhandlungen zwischen Befreiungsbewegungen und Bürgerkriegsparteien mit ihren jeweiligen Regierungen gegeben, und wird es sie notwendigerweise immer geben. Aber die RAF ist weder die IRA noch die ETA.

IRA und ETA sind integraler Bestandteil der sozialen und politischen Kämpfe in Irland und im Baskenland. Sie haben die aktive Unterstützung großer Teile der Bevölkerung dort und sind somit für die Herrschenden ernstzunehmende Machtfaktoren. Das alles trifft auf die RAF nicht zu.

Was die Bundesregierung von der RAF will, ist alles: die totale Selbstaufgabe, die Kapitulation, das Ende. Es ist ein Hohn, diese Situation mit Verhandlungen von Befreiungsbewegungen zu vergleichen, die aus der Position einer politischen Stärke agieren können!

Eine Kapitulation der RAF würde eine Demoralisierung für alle Menschen bedeuten, die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht aufgegeben haben.

Als die Genossinnen und Genossen der RAF 1970 ihren Kampf aufgenommen haben, haben sie sich als eine Fraktion der revolutionären Linken begriffen, als Rote Armee Fraktion. Sie konnten sich auf die 68-er Jugend- und Studentenbewegung mit ihren großen antiimperialistischen Manifestationen beziehen. Der Krieg in Vietnam war eskaliert. Gegen diesen Krieg gab es

weltweit eine starke Protestbewegung, vor allem in den USA. In den amerikanischen Ghettos standen die Schwarzen auf. Sie gründeten Selbstverteidigungskomitees, organisierten eine selbstverwaltete Infrastruktur und bewaffneten sich. In vielen Ländern der sogenannten dritten Welt befreiten sich die Völker von Kolonialismus und Neokolonialismus. Es gab erfolgreiche Stadtguerillagruppen in den lateinamerikanischen Metropolen. Kurz, es gab keinen Grund **nicht** zu versuchen, eine Rote Armee Fraktion in der BRD aufzubauen mit dem Ziel der bewaffneten Intervention in der imperialistischen Metropole zur Unterstützung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen weltweit. Die RAF war eine sichtbare glaubwürdige Konsequenz aus all den Analysen und Reden der Studentenbewegung vorher. Daß die Politik der RAF sehr bald falsch geworden ist, ändert nichts daran, daß sie - wie auch der 2. JUNI und die REVOLUTIONÄREN ZELLEN - wesentlich dazu beigetragen hat, vielen Menschen zu vermitteln, daß man - heute schon - auch aus einer Minderheitsposition heraus wirksam politisch und militärisch eingreifen kann; daß der staatliche Machtapparat angreifbar ist und nicht allmächtig. Das sind ganz wichtige Erfahrungen, um Widerstand überhaupt **denken** zu können, um uns überhaupt Vorstellungen von unseren **Möglichkeiten** zu verschaffen. (Damit sind natürlich noch in keiner Weise die Fragen politischer Strategie beantwortet. Bewaffneter Kampf ist keine Strategie, sondern eine Methode/ein Werkzeug.) Dazu kommt, daß es - gerade in der BRD - nicht kostbar genug einzuschätzen ist, daß es mit der RAF für alle sichtbar Menschen gab und gibt, die aus ihren politischen Einsichten eine radikale persönliche Konsequenz gezogen haben, die sich in all den Jahren nicht opportunistisch verhalten haben und sich ihre politischen Überzeugungen nicht haben abkaufen und abpressen lassen. Auch nicht unter den allerschwersten Bedingungen.

Das macht besonders heute die große Bedeutung der RAF für eine politische Moral der Linken aus. Das Stückchen Hoffnung, das so wichtig ist, um immer wieder die Energie aufzubringen, weiterzumachen.

Ein Deal der RAF mit der Bundesregierung wäre gerade jetzt wie ein letztes Hohnlachen auf kommunistische Hoffnungen in der BRD, nach all den Zusammenbrüchen und politischen Feigheiten, die wir während des letzten Jahres so erlebt haben.

Festzuhalten bleibt:

Das "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung ist kein wie immer gearteter Erfolg der Aktionen der RAF, sondern die Aufforderung zur Kapitulation und insofern überhaupt nichts Neues. Der Lochte-Vorschlag und das "Angebot" der Bundesregierung erfolgten aufgrund der **politischen Schwäche** der RAF.

Die politische Initiative muß bei uns bleiben!

Wenn wir, die Linke und die RAF, derzeit die Gefangenen schon nicht rausholen oder schützen können, so haben wir doch wenigstens alles zu unterlassen, was sie weiteren Gefährdungen aussetzt! Wir müssen lernen, die politische Initiative auch in einer Situation der Niederlage zu behalten. Das würde hier heißen: die RAF setzt ihre Hinrichtungsaktionen zumindest vorläufig aus und gibt das öffentlich als eine **politische Entscheidung** bekannt. Damit würden dem Staatsschutz Legitimationsmöglichkeiten für seinen Terror gegenüber (einzelnen) Gefangenen genommen.

Mit Kapitulation hätte das nichts zu tun. Wenn man eine Politik aussetzt, um sie zu überprüfen, weil sie fragwürdig geworden ist, so ist das eine Voraussetzung, um wirkungsvoller und besser als bisher weiterarbeiten zu können.

Falls es demnächst Zusammenlegungen geben sollte aus einem - für uns ausnahmsweise günstigen - politischen Kalkül des Staatsschutzes, dann ist das gut. Dann können die für uns notwendigen Diskussionen besser geführt werden, dann ist das Leben im Knast ein kleines bißchen leichter. Aber täuschen wir uns nicht. Jederzeit, wenn es dem Staatsschutz opportun erscheint, können die Löcher wieder dicht gemacht werden.

Ein einigermaßen verlässlicher Schutz für die Gefangenen vor staatlicher Willkür, einigermaßen erträgliche Haftbedingungen, können nur von einem Großteil der "sozialen" Gefangenen und von uns draußen politisch durchgesetzt und gehalten werden.

Die zeitweiligen taktischen Überlegungen und etwaigen Maßnahmen von Staatsschutz und Bundesregierung bezüglich der Haftbedingungen haben deshalb für die von uns notwendig zu führende politische Debatte keinerlei Bedeutung!

Die verfluchte Angst offen zu diskutieren

Leider ist es so schwierig, über die Politik der RAF kritisch zu diskutieren, daß diese Schwierigkeiten selbst zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden müssen. Sehr deutlich wurde das bei der Reaktion auf Christian Geisslers Buch *"Dissonanzen der Klärung"* von *"einigen Menschen aus der Hafestraße"* (Arbeiterkampf Nr. 318).

Statt sich zu freuen, daß sich endlich mal einer sehr differenziert und solidarisch mit der RAF auseinandersetzt im Interesse einer wirkungsvollen revolutionären Strategie, machten sich die SchreiberInnen erst gar nicht die Mühe, sich mit den Fragen und Argumenten von Geissler auseinanderzusetzen.

Wer so wie in diesem Brief mit Diffamierungen um sich schlägt und ansonsten nur selbstgefällige Allgemeinplätze anzubieten hat, verhindert die Klärung der anstehenden Fragen und erzeugt ein inquisitorisches Klima, das Einschüchterung zur Folge hat. Das Ergebnis ist, daß Fragen und Widersprüche nicht auf den Tisch kommen, daß eine offene und produktive Auseinandersetzung nicht stattfindet. Die Folge: Verunsicherung, Lähmung, Untätigkeit bei den einen und Festschreibung von Fehlern in der Praxis der anderen.

Fetisch revolutionäre Identität

"Ich habe in meinem Leben nur zwei Lieben, das eine ist meine Frau und das andere ist die Revolution. Sonst bin ich mit niemandem verheiratet, die MLN ist ein Werkzeug, und während sie uns nutzt, werden wir sie benutzen, wenn nicht, benutzen wir ein anderes Werkzeug. Man darf nicht dogmatisch sein, vor allem, wo der Feind sehr flexibel ist, müssen wir anfangen zu lernen."

Julio Marenales, Mitbegründer der MLN, während der Diktatur Geisel der Militärs, danach im Zentral- und Exekutivkomitee der Tupamaros in *"Die Guerilla zieht Bilanz"*, S. 147.

Was hindert so viele Genossinnen und Genossen daran, die Frage nach der RAF so nüchtern zu betrachten?

Es spricht viel dafür, daß mit der Frage nach der Aдекватheit der RAF-Strategie oft ganz anderes verbunden wird als die Frage nach der zur Zeit angemessenen Strategie und Taktik. Da hängen Identitäten dran. Die RAF wird nicht als Werkzeug zum Kämpfen angesehen, sondern sie verkörpert in erster Linie eine Hoffnung und einen Traum.

Nach meinen Erfahrungen, wie ich das bei mir und anderen erlebt habe, würde ich diesen Traum so umreißen:

- die Hoffnung, daß man auch aus einer absoluten Minderheitsposition heraus was machen kann;
- daß man persönliche Grenzen überschreiten kann;
- der Traum von einem Leben, aufgehoben im Zusammensein mit anderen, ohne all den Dreck von Leistungsdruck, Konkurrenz, Darwinismus, Theaterspielen;
- und immer wieder die verfluchte Hoffnung darauf, daß man endlich alle Scheiße hinter sich lassen könnte, indem man sich *"außerhalb des Systems"* stellt.

Die RAF verkörpert offensichtlich für viele diesen Traum, losgelöst von jeder aktuellen politischen Analyse und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten. Dabei werden die Möglichkeiten politischer Veränderung allein als Resultate individueller militanter Anstrengungen gedacht. Das produziert zwangsläufig politische Fehlein-

schätzungen. Typisch für solche Fehlein-schätzung bei einer Diskussion, wieso mit dem Hungerstreik '89 die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte, die "Analyse": *"Wenn es mehr brennende Barrikaden gegeben hätte, hätten wir es geschafft."*

In die gleiche Richtung geht ein Zitat aus der *"Dokumentation zur Besetzung der EG-Kommission während des Hungerstreiks"* (EG-Doku):

"Zum Zeitpunkt des Aussetzens von Christa und Karl-Heinz war die Ausrichtung auf Bündnisse, breite gesellschaftliche Gruppierungen über die Mobilisierung an den Haftbedingungen zu erreichen, ausge-reizt, hatte ganz deutlich ihre Grenze gefunden. Ganz klar ist dies an der Demo in Bonn am 29.4.1989 sichtbar geworden. Hier sind keine Perspektiven einer weiteren Mobilisierung deutlich geworden. Der revolutionäre Widerstand war in der Vorbereitung sowie auf der Demo zwar anwesend, politisch aber faktisch nicht vertreten. Diese Unfähigkeit, sich selbst politisch und praktisch in den Kampf für die Zusammenlegung einzubringen und weiterzuentwickeln, be-greifen wir als Ausdruck der Defensive des revolutionären Widerstands in der BRD. Die vereinzelt Versuche, diese Defensive zu durchbrechen, z.B. in den Angriffen auf die Deutsche Bank in Hamburg und die Wertpapierbörse in Frankfurt, diese offensiven Momente sind jedoch nicht aufgegriffen worden." (S. 2)

Tatsächlich war die *"Ausrichtung auf Bündnisse und breite gesellschaftliche Mobilisierung"* nicht ausgereizt. Daß es möglich gewesen ist, mit einigen Menschen aus den Gewerkschaften Bündnisse einzugehen, heißt noch lange nicht, daß sich die Gewerkschaften im Bündnis befanden, war aber deutlicher Hinweis darauf, daß es sinnvoll ist, weiter in den gewerkschaftlichen Bereich hineinzuwirken. Dasselbe gilt für den kirchlichen Bereich usw.

An der Demonstration in Bonn ist lediglich die politische Unklarheit und deshalb Sprachlosigkeit des Widerstands deutlich geworden, und daß so etwas wie das Genervte im Vorfeld der Demo, von wegen, wer reden darf und wer nicht, bei fehlender eigener politischer Position/Klarheit des Widerstands nur abstoßend wirkt. (Ganz nebenbei waren einige der dann unwidersprochen! gehaltenen Beiträge mindestens genauso schlimm wie die, um die der Hickhack vorher gegangen war.) Anpisserei und Machtgerangel wirkt nach außen immer demobilisierend und entpolitisierend. Wesentlich sinnvoller wäre gewesen, alle sprechen zu lassen, die die materiellen Forderungen der Gefangenen unterstützen, und wenn einem dabei eine politische Position nicht gefällt, dies in einem eigenen Beitrag präzise politisch zu kritisieren.

Es ist auch ein Irrtum zu glauben, politische Ratlosigkeit ließe sich brachial durch Aktionen gegen "richtige" Ziele aufheben. Eine Defensive, die etwas mit fehlender gesellschaftspolitischer Analyse und Unklar-

heit über die eigenen Ziele (über Allgemeinplätze hinaus) zu tun hat, muß anders angegangen werden. Alles andere ist bloße Selbstvergewisserung, Vorgaukeln von Offensive. An dieser Stelle müsste auch mal über das merkwürdige, scheinbar ausschließlich militaristische Verständnis von Defensive und Offensive bei großen Teilen des Widerstands gesprochen werden.

Vorrangig geht es selbstzweckhaft immer wieder darum, "sich [als Widerstand H.C.] politisch und praktisch in den Kampf für die Zusammenlegung einzubringen", anstatt daß gefragt wird, wie die Kräfteverhältnisse insgesamt sind. Was angesichts dessen notwendig wäre, die Forderungen der Hungerstreikenden weiterhin wirkungsvoll(!) zu unterstützen, und was die einzelnen Menschen und Gruppen, und also auch man selber, dazu beitragen könnten.

Immer wieder das Phänomen, daß es dem Widerstand letztlich weniger darum geht, bestimmte materielle und politische Ziele durchzusetzen, als um ein "inneres Erlebnis", ganz subjektive Erfahrungen, orientiert nicht an gesellschaftlichen Zielen und Kräfteverhältnissen, sondern nur an der eigenen Befindlichkeit des Widerstands und der Einzelnen darin.

Das läßt sich wieder ganz gut an den Beiträgen in der EG-Doku verdeutlichen, wo es um die Bedeutung der Besetzungsaktion geht:

"Das Mobilisierende dieser Initiative war für uns, daß in ihr politisch und praktisch die Überlegungen und die Bestimmung und Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität aufgegriffen wurden und darüber hinaus eine Perspektive für den weiteren Kampf greifbar wurde." (S. 4)

"Die Idee der Aktion hatte alle sofort mobilisiert. Es war für uns alle in unserer Unterschiedlichkeit (...) die Entscheidung zum eigenen Aufbruch, zum Durchbruch der eigenen Defensive, der festgefahrenen Situation in der Stadt und Bewegungslosigkeit des gesamten Widerstands der vergangenen Monate." (S. 5)

"Dadurch und daß jede/r das Gefühl hatte, für sich ist dies auch ein Schritt in seiner/ihrer Entwicklung und natürlich das Bewußtsein der politischen Bedeutung, ist ein sich ganz Reinstellen in diese Aktion erst möglich: Und so wie sich jede/r von uns reingestellt hat, haben wir uns gegenseitig auch die Kraft, Stärke und Entschlossenheit gegeben." (S. 10)

usw. usw. usw.

Bedürfnisse nach Authentizität, nach Leben statt Gelebtwerden, Sehnsucht nach Kollektivität stehen im Vordergrund. Dazu kommt eine Identifikation mit den Gefangenen, die so weit geht, daß als Motiv für die Unterstützung des Hungerstreiks in Diskussionen immer wieder genannt wurde: die werden isoliert und wir draußen sind auch isoliert. Die Identifikation geht so weit, daß die Situation der Gefangenen unterschiedslos auf draußen übertragen wird, was sich darin äußert, wenn Leute draußen (!) davon reden, daß sie "im Kampf um die

eigene Identität nicht loslassen" wollen und um "Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität" kämpfen.

Das ist gespenstisch angesichts der Haftbedingungen, der materiellen Gewalt eines Knastes und dem Vorhandensein aller Möglichkeiten für uns hier draußen - wenn wir sie nur nutzen!

Die Situation der Gefangenen ist so, daß sie um die Wahrung ihrer Identität als Menschen kämpfen müssen, weil Vollzugsziel ist, die (politischen, widerständigen) Persönlichkeiten zu zerstören. Aber hier draußen Aktionen mit dem Ziel "Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität" zu machen, bewegt sich auf der Ebene Selbsterfahrungsgruppe und hat mit politischem Eingreifen, gar "Offensive" nichts zu tun.

Die Ausgangsfrage war, warum es so schwer ist, über die Adäquatheit der Aktionen der RAF zu diskutieren. Eine Antwort scheint zu sein: Es ist deshalb so schwer, weil es bei vielen Menschen, die die RAF "gut" finden, nicht um die Angemessenheit einer bestimmten Strategie zu einer bestimmten Zeit geht, sondern um das, was die RAF/die Gefangenen **symbolisieren**.

Auch dazu ein Zitat aus der EG-Doku:

"Die politischen Gefangenen sind also ganz klar Teil unserer Geschichte - sie stehen für Kontinuität revolutionärer Politik in der Metropole - sie sind Teil unserer Identität. Der Angriff gegen sie ist also auch ein ganz direkter Angriff gegen unsere Geschichte, unsere Identität." (S. 90)

Nein. Die politischen Gefangenen sind unsere Genossinnen und Genossen. Sie stehen dafür, daß Menschen auch unter unerträglichen Bedingungen ihre Überzeugung und das, wofür sie gekämpft haben, nicht aufgeben. Sie wirken dadurch ermutigend und deshalb lieben wir sie. Teil unserer Identität sind sie allerdings nicht. Sie sind lebendige Menschen mit Träumen und Hoffnungen, nicht Denkmäler für diese Träume und Hoffnungen!

Was ist das nur für ein vertrackter Identitätsbegriff, der durch die Scene geistert und alles Lebendige zum Erstarren bringt?

Politisch identisch zu sein, bedeutet doch, daß die eigenen politischen Vorstellungen und Wertmaßstäbe sich im Handeln niederschlagen. Daß man sich selbst treu ist, was einschließt, daß man sich selbst, die eigenen Ansichten und Absichten nicht verrät.

Das Verwirrende ist nur, daß die Begriffe *politische Identität, revolutionäre Identität* von Leuten aus dem Widerstand so gebraucht werden, als handele es sich um konstante, auf jeden Fall revolutionäre Inhalte, genau festgelegte Vorgehensweisen und Haltungen. Die man dann besitzt, die auch nicht je nach Lage neu diskutiert und festgelegt werden müssen, sondern es geht nur noch darum, diese **Identität auszudrücken und zu bewahren**.

Der Begriff der *revolutionären Identität* ist zu einem Fetisch geworden, der die

Verdenkmälerung der Gefangenen fördert, und der den Widerstand auf sich selbst, auf reine Selbstkonstruktion zurückwirft. Es geht nicht (mehr) um die Frage einer erfolgversprechenden revolutionären Strategie, es geht nur noch um die Frage der Selbsterhaltung, die Frage der *Identität*.

Begriffe wie *Identität, Kollektivität* bekommen ein Eigenleben. "*Sich entscheiden*" wird zum magischen Schlüsselbegriff. "*Sich entscheiden*" ist wichtig, weniger wozu. "*Identisch sein*" ist wichtig, nicht so wichtig mit was. "*Kollektivität!*" Aber mit wem und wozu? In diesen Begriffen verschwindet alles an Inhalten wie in einem Bermudadreieck.

Über die Verselbständigung von Begriffen und Inhalten wäre noch viel nachzudenken und zu fragen. Vorerst finde ich wichtig, das als eine Erscheinungsform von etwas anderem zu nehmen und zu versuchen rauszukriegen, was dahinter steckt. Aufgefallen ist mir bisher: so unsinnig und kontraproduktiv diese Fetischisierungen sind in Bezug auf ein wirksames politisches Eingreifen, so sind sie doch erstarrter Ausdruck eines Traums und einer Hoffnung, um die in der Tat zu kämpfen ist.

- Es gibt etwas anderes als Warenlogik und Tauschgesetze. Es gibt Menschen, die nicht käuflich sind.
- Eine solidarische Gesellschaftsordnung ist vorstellbar, die nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung und der ständigen Nötigung zur Selbsterleugnung beruht.

Die Gefangenen stehen in ihrer Ungebrochenheit für diesen Traum und diese Hoffnung.

Das, "der Traum von einer Sache", die Hoffnung, soll zerstört werden, indem die Gefangenen zum Schweigen gebracht, und/oder zu Widerruf und Kapitulation gezwungen werden sollen durch jahre- und jahrzehntelange zermürbende und zerstörerische Haftbedingungen. Es ist die **Idee** des aufrechten Ganges, die **Vorstellbarkeit** von erfolgreichem Widerstand, die **Idee** der Legitimität und Möglichkeit revolutionärer Gewaltanwendung, die mit den Gefangenen zerstört werden soll. Auch das ist neben dem unmittelbaren Interesse der Herrschenden, daß keine weiteren Attentate stattfinden, ein zentraler Gesichtspunkt bei allen Kapitulationsangeboten an die RAF. Ziel ist die spurenlose Auslöschung des antagonistischen Anderen, - wenn man so will: 1990/1991 als das Jahr des ideologischen Endsiegs über alle kommunistischen Bestrebungen und Hoffnungen.

Bei dem Vernichtungsinteresse gegen die Gefangenen ist nicht eine ganz bestimmte revolutionäre Strategie gemeint, für die und für deren Wirksamkeit die Gefangenen stünden, sondern es geht um die praktische unversöhnliche Haltung dem herrschenden Gesellschaftssystem und seinen Vertretern gegenüber. Es geht hier nicht um die Kontinuität und Wirksamkeit einer ganz bestimmten Strategie und Tak-

tik, sondern es geht um eine **Kontinuität im Bemühen um die Entwicklung von wirklicher Ummacht**.

Das ist es auch, was Marenales meint, wenn er von der MLN als Werkzeug spricht. Ein anderes Werkzeug; dasselbe oder ein neues Werkzeug anders eingesetzt, das sind Fragen der Strategie und Taktik, die ständig neu auf ihre Brauchbarkeit überprüft und gegebenenfalls verändert werden müssen. Das, was politische Identität meint, den aufrechten Gang, das Sich-Treu-Bleiben, bleibt davon unberührt. *Marenales* spricht politische Identität so: Wer die Revolution liebt, muß sich ständig nach den geeigneten Werkzeugen umsehen, um an ihr zu arbeiten. - So kommt das mit der Identität vom Kopf auf die Füße.

Dieses ängstliche Festhalten an einer Identität, die mit ner bestimmten Kampf-Form verwechselt wird, scheint mir wesentliche Ursache zu sein für die Schwierigkeiten, über die RAF kritisch zu diskutieren.

Es ist doch kein Wunder, daß so Gefesselte (jede Frage, jede eigenständige Überlegung gefährdet doch tendenziell die eigene revolutionäre "Identität") politisch im Grunde absolut ratlos sind und immer entweder auf Angriffe des Staates/Imperialismus, oder auf Analyse und Schritte der Gefangenen oder der RAF warten, um dann zu reagieren.

Der Klassenfeind schläft nie

Neben der Angst, daß über Diskussion die eigene Identität in Frage gestellt werden könnte, spielt auch - und gerade bei Gefangenen - die Angst eine Rolle, die eigenen Unsicherheiten und kritischen Überlegungen könnte die Gegenseite für irgendwelche Schweinereien auszunutzen versuchen, indem sie durch das Benutzen solcher Äußerungen Irritationen provoziert, mit dem Ziel, GenossInnen gegeneinander aufzubringen, politische Verwirrung zu schaffen, eine Politik kaputt zu machen, usw. Diese Angst ist nur zu begründet. Es gibt ja einen ganzen Zweig der psychologischen Kriegsführung mit einer langen Tradition, der sich mit Intrigen und Zersetzung beschäftigt. Die Frage ist, wie wir und die Gefangenen damit umgehen. Wenn es dazu führt, daß immer wieder die Angst vor dem, was die Gegenseite alles machen könnte, den Ausschlag gibt vor der Notwendigkeit der Klärung politisch-strategischer Fragen, dann ist das fatal. Das ist ne Art des Umgehens mit Unklarheiten, die im Großen wie im Kleinen bisher langfristig immer nur Unheil angerichtet hat.

Was wäre wohl aus der DDR und den anderen sozialistischen Staaten geworden, wenn diese ständige elende Defensive nicht gewesen wäre, bloß nicht öffentlich über Fehler, Schwächen und Zweifel zu diskutieren mit dem Argument, dem Klassenfeind nicht Gelegenheit geben zu wollen, seine antikommunistische Hetze damit zu unterfüttern? Wie es sich immer wieder zeigt, lassen sich Fehler und Verbrechen im Na-

men des Sozialismus, Widersprüche und Fragen auf Dauer nicht unterdrücken. Wenn dann aber irgendwann dieses ganze Verdängte hochkommt, ist es meistens zu spät produktiv damit zu arbeiten, dann bricht sich alles in unkontrollierbarer Eigendynamik seine Bahn. Ob das nun die Verdammung und in der Folge kampflose Übergabe von **allem** ist, was in 40 Jahren Realsozialismus hervorgebracht worden ist, oder ob das die Zusammenbrüche und/oder der Verrat bei einzelnen Menschen ist.

Dieses defensive Verhaltensmuster hat sicher auch mit einer politischen Tradition zu tun, die Widersprüche hauptsächlich als bedrohlich begreift und nicht sieht, daß Widersprüche Ausdruck von Realität sind, mit denen wir uns produktiv auseinanderzusetzen lernen müssen, wenn wir nicht hoffnungslos an der Wirklichkeit vorbei Politik machen wollen.

Wieso gibt es bei uns und bei den Gefangenen nicht mehr Selbstbewußtsein? So einfach kann doch keine Gruppe gespalten werden, die sich nicht spalten lassen will! Die einerseits auf dem Streit um den aussichtsreichsten Weg beharrt und andererseits auf ihrer grundsätzlichen Solidarität zueinander. Es muß doch etwas geben, was tiefer verbindet als strategische und taktische Differenzen trennen können. Oder?

Perspektiven

Man kann wie oben dargelegt, den Kampf um Zusammenlegung/bessere Haftbedingungen/Freilassung von Gefangenen aus der RAF und *Widerstand* nicht von der Diskussion der Politik der RAF trennen. Die Aktionen der RAF bestimmen die Rahmenbedingungen und damit die Erfolgsaussichten dieses Kampfes wesentlich mit. Insofern ist es auch politisch falsch und ungläubwürdig dazu, wenn kritische Fragen nach der Politik der RAF im Zusammenhang mit den Haftbedingungen immer wieder mit *"das tut hier nichts zur Sache, die Gefangenen sind nicht die RAF"* abgewürgt werden. Ganz so, als wären alle, die danach fragen, Provokateure. Selbstverständlich müssen die Rahmenbedingungen einer politischen Kampagne, erst recht, wenn sie von einem Teil der Linken gesetzt werden, diskutierbar und kritisierbar sein. (Wer das bestreitet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er/sie von Menschen verlangt, daß sie eine politische Kampagne unterstützen, ohne nach rechts und links zu gucken. Solch eine Instrumentalisierung von Menschen muß im Interesse einer emanzipativen Politik unbedingt verhindert werden.)

Gleichzeitig ist es jedoch notwendig, den Kampf um Freilassung und bessere Haftbedingungen thematisch von einer Neu-Bestimmung der Politik der RAF zu trennen. Nur so ist die ganze Konfusion zu vermeiden, die regelmäßig im Kampf um bessere Haftbedingungen immer dann entsteht, wenn die Politik der RAF argumentativ mit

diesem Kampf vermischt wird. Sei es, daß das Verhältnis zur Politik der RAF letztlich ausschlaggebend für das Eingehen von Bündnissen ist; sei es, daß die Politik der RAF in irgendeiner Form zur Rechtfertigung von Haftbedingungen herangezogen wird. In beiden Fällen wird der Kampf der Gefangenen gegen mörderische Haftbedingungen zum Mittel der Auseinandersetzung mit der Guerilla instrumentalisiert. Sei es von den Leuten, die die Politik der Guerilla propagieren möchten, sei es staatlicherseits und von staatstragenden Gruppierungen, die die Frage der Haftbedingungen zur politischen Erpressung der Guerilla und der Gefangenen einsetzen.

Die Frage der Haftbedingungen muß endlich von uns einen eigenständigen **politischen Stellenwert** - unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla - zugestanden bekommen,

- weil die Frage der Menschenrechte immer als eigenständige politische Frage zu behandeln ist;
- weil zerstörerische Haftbedingungen gegen **alle** Gefangenen eingesetzt werden, die Widerstand leisten. In der Tat werden Haftbedingungen eingesetzt, um revolutionäre und widerständige Identitäten zu zerstören. Die Identitätsfrage ist immer eine Frage der Haltung, des aufrechten Ganges und **keine** Frage einer speziellen Strategie. Insofern sind Haftbedingungen immer **politische** Maßnahmen, die auf die Identität und Menschenwürde **aller** Gefangenen zielen.

Die Behauptung, daß Haftbedingungen immer eine politische Frage sind, verlangt von uns Begriffsklärungen, die programmatischer Natur sind.

Es ist gang und gäbe, immer mal wieder den bloßen Kampf um erträglichere Haftbedingungen, die Argumentation mit Menschenzerstörung und Menschenwürde als *"reformistisch"*, *"bürgerlich-demokratisch"* und *"humanistisch"* abzuqualifizieren.

Es wird Zeit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und den Respekt der Würde eines jeden Menschen als Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses und unserer gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu diskutieren. Als einen der Werte, um die wir kämpfen.

An dieser Frage hängt, außer unserer unmittelbaren Handlungsfähigkeit in Bezug auf die Situation der Gefangenen heute, sehr viel mehr.

Es kommt ja nicht von ungefähr, daß die Forderung nach der Einhaltung von Menschenrechten unter Revolutionären einen faden Beigeschmack hat. Es war die Frage der Menschenrechte, die seit der Oktoberrevolution immer wieder als scheinheiliges Argument ins Feld geführt wurde, um imperialistische Sanktionen und Interventionen gegen revolutionäre Bestrebungen propagandistisch zu rechtfertigen. Die Frage der Menschenrechte war von den Anti-Kommunisten besetzt und von Teilen der Kirchen.

Die Linke hat da, wo sie Menschenrechte überhaupt thematisiert hat, sie in der Regel immer runtergespielt und relativiert. Das ist ein Fakt, den ich jetzt an dieser Stelle gar nicht werten möchte, es auch gar nicht kann. Daran hängen so grundsätzliche Diskussionen wie: was "darf" eine Diktatur des Proletariats?, bis dahin, ob und unter welchen Voraussetzungen eine solche Diktatur überhaupt zulässig ist. Fragen wie: wer ist heute eigentlich das Proletariat/der "Maßstab"/das revolutionäre Subjekt?

Immer wieder hat sich die Linke in der Situation gefunden, die Sowjetunion und revolutionäre Bewegungen zu verteidigen gegen die Anschuldigung, die Menschenrechte zu verletzen - oft genug gegen besseres Wissen. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte, oder der Zweck rechtfertigte ganz einfach die Mittel.

Der ganzen Dimension und Tragweite dieses Themas ist hier noch nicht einmal in Ansätzen gerecht zu werden. Da steckt die ganze "Stalinismus"-Debatte drin; die Fragen, was wir - die revolutionäre Linke - für ein Menschenbild haben; Fragen der Ethik und der Moral. Ich möchte mich deshalb auf einige Anmerkungen zur Situation beschränken und mich wieder auf den Anfang dieses Diskussionsbeitrages beziehen: der reale Sozialismus in der DDR ist auch deshalb wie ein Kartenhaus zusammengebrochen, weil er von innen ausgehöhlt, unglaubwürdig war, die moralische Substanz fehlte. Es wurde zu viel gelogen. Und es wurde zu viel mit zweierlei Maß gemessen. Die Kommunisten waren unglaubwürdig geworden. **Das** aber ist die schwerste Behinderung für jede revolutionäre Entwicklung, wenn die Protagonisten dieser Entwicklung unglaubwürdig sind. In dieser Situation sind die Kommunisten weltweit heute. Zu großen Teilen durchaus berechtigt. Was bleibt, ist Enttäuschung, Fatalismus, Apathie, Hoffnungslosigkeit.

(Ach, und es ist doch kein Zufall, daß im Fernseh-Interview vom 21.11.90 Werner Lotze ganz am Ende von den Interviewern durch wiederholtes Fragen die Antwort in den Mund gelegt worden ist: "Ja, die RAF ist eine Gruppe ohne Moral." Am nächsten Tag hat die Presse genau diesen Satz getitelt. **Das** war der Zweck des ganzen Manövers: Der RAF durch ehemalige MitkämpferInnen absprechen zu lassen, was ihr selbst ihre politischen Gegner bisher nicht absprechen konnten: Ihre Aufrichtigkeit und ihre Moral.)

Das Ernstnehmen von Menschenrechten, von individuellen Freiheitsrechten wird in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik sein. Das haben 70 Jahre realsozialistischer Erfahrungen bitter klar gemacht. Zur Zeit bietet der Imperialismus die ideologischen Verheißungen von Freiheit und Selbstbestimmung, die der Sozialismus als Rechte der Einzelnen nie auf seine Fahne geschrieben hatte. Daß der Imperialismus sie nicht einlösen können wird, darf uns nicht beruhigen. Die Enttäuschungen darüber führen erfahrungsgemäß nicht automatisch zu emanzipatorischen Bewe-

gungen, sondern der Reflex ist: Flucht. Flucht in Drogen, in Religionen, in reaktionäre Ideologien mit neuen Verheißungen.

Was zu diskutieren wäre:

Müssen wir als revolutionäre Linke nicht endlich über ethische Fragen diskutieren? Müssen wir nicht bestimmte ethische/politische /moralische Werte offensiv behaupten, die schon lange bei vielen Menschen - quer zu den verschiedenen Weltanschauungen - da sind? Die auch in Bewegungen der letzten Zeit in den realsozialistischen Ländern, wie auch in den Kirchen, wie auch bei vielen Linken hier, sowie Menschen aus den "sozialen Bewegungen" der letzten 15 Jahre, die progressiven, emanzipativen Momente ausgemacht haben.

Eine Verständigung über Ethik erscheint auch deshalb so notwendig, weil es mit der Diskreditierung des Marxismus zur Zeit an emanzipativen Weltanschauungen fehlt. (Dabei gehe ich davon aus, daß die Diskreditierung des Marxismus zu Unrecht erfolgt. Nach wie vor ist dort wichtigstes Instrumentarium für Befreiung zu finden.) Es fehlen "Werte", die wir als zu erkämpfende benennen können, und die anknüpfen an Mangel und Sehnsüchten bei vielen Menschen hier. Eine "Ethik" auch deshalb, weil das auf konservativ-reaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um die Herzen und Köpfe der Menschen ist. Sichtbarster und beunruhigender Ausdruck dafür ist der Zulauf, den die Kirchen überall im ehemals realsozialistischen Lager zu verzeichnen haben, mit all ihren nationalistischen, rassistischen und sexistischen Ideologien. Aber auch das Aufkommen "ethischer" Debatten von Rechts, z.B. im ganzen Bereich Eugenik, Sterbehilfe u.a. macht deutlich, wie wichtig die Diskussion und Setzung ethischer Normen von unserer Seite aus ist.

Ein Schlüsselbegriff für solche Normensetzung könnte die Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen sein. Darin lassen sich fast alle aktuellen Themen aufschlüsseln.

Das ginge gleichermaßen gegen Hunger und Todesstrafe; für körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung; gegen Folter und den Zwang, in den Krieg zu ziehen; für die sexuelle Selbstbestimmung der Menschen; für das Recht auf Wohnung und Gesundheit, eine intakte Umwelt.... Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Desweiteren wären Werte zu diskutieren, wie z.B. der ganze Katalog der bürgerlichen Freiheitsrechte, wie Meinungsfreiheit usw., in Hinblick auf Bewahrenswertes für eine revolutionäre Bewegung. Dabei müsste es darum gehen, eine Demokratieauffassung zu entwickeln, die nichts mit dem vorfindbaren, strukturell undemokratischen Parlamentarismus zu tun hat... Und. Und. Und.

Bei dieser Arbeit würden sich viele und ganz neue Bündnisfelder erschließen.

So, und in dieser ganzen Präzisierung dessen, was unsere konkreten Utopien sind, hätte die Frage der Menschenrechte in

der Gefangenschaft einen eigenständigen politischen Stellenwert, der als unverzichtbarer Bestandteil in einem revolutionären Prozeß behauptet werden müsste.

Damit wäre eine eigenständige politische Mobilisierung zur Unterstützung der Gefangenen vorstellbar, die gleichzeitig den Raum eröffnet für die notwendige perspektivische Diskussion darüber, was die von uns anzustrebenden Werte/Ziele in einer anderen Gesellschaftsordnung sind.

Hanna Cash
Februar 1991

Literatur-Liste

Regelmäßig erscheinende Publikationen mit Beiträgen zu dieser Debatte:

Ak (Arbeiterkampf), konkret, Angehörigen-Info, Interim, Clockwork 129a, Politische Berichte, u.a.

Bücher:

Geißler, Christian:
Dissonanzen der Klärung, Kiel 1990
Kamalatta, Berlin 1988

Meinhof, Ulrike Marie
Die Würde des Menschen ist antastbar, Wagenbach 1980

Brückner, Peter:
Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Wagenbach 1976

*Die alte Straßenverkehrsordnung
Dokumente der RAF*, Edition tiamat, Berlin 1986

Texte der RAF:
Verlag Bo Cavefors,
Malmö/Schweden 1977

Hrsg: Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa
Letzte Texte von Ulrike, Selbstverlag 1976

Bakker-Schut, Pieter
Stammheim
Neuer Malik Verlag, 1986
Das Info-Dokument,
Neuer Malik Verlag, 1987

Beavillard, Michelle
Der Tod Ulrike Meinhofs
Commune/Rhizom, 1986

Tolmein, Oliver und Winkel, Detlev zum
Nichts geRAFt
konkret Literatur Verlag, 1987

Zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand
Bezug von dieser und anderen Broschüren über Rechtsanwalt Klusmeyer, Am Klagemarkt 10/11, 3000 Hannover 1

Die Liste ist natürlich unvollständig!
Fragt in eurem örtlichen linken Buchladen!

V.i.S.d.P.: Hanna Cash, 2000 HH 50